

Presse-Information

06.12.2006

Hamburg kennt kein Pardon: Abschiebungen von Familien nach Afghanistan

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg fordert den sofortigen Abschiebestopp

„Während sich das Rathaus und die Alster in weihnachtlichen Glitzer kleiden, beginnt die Behörde für Inneres, Familien nach Afghanistan abzuschicken. Diese Vorgehensweise ist angesichts des Reichtums in dieser Stadt beschämend und im Lichte der zunehmenden Gewalt in Afghanistan unverantwortlich“, so Burkhard Leber, Vorstandsmitglied des Eine Welt Netzwerks Hamburg. Der Verein ist seit 1992 der Dachverband für entwicklungspolitische Organisationen in Hamburg und hat mittlerweile fast 100 Mitgliedsgruppen, darunter auch viele Migrantenorganisationen.

Als erstes Bundesland beginnt Hamburg mit der Abschiebung von rund 150 Familien nach Afghanistan. Damit spielt Hamburg – wieder einmal – eine Vorreiterrolle in Sachen Vertreibung von Flüchtlingen und MigrantInnen.

In Afghanistan – auch in Kabul - nehmen Terroranschläge und sonstige „sicherheitsrelevante Vorfälle“ wieder zu. In weiten Teilen herrscht Krieg, Entführungen sind an der Tagesordnung. Wohnungen in der zerbombten Hauptstadt sind für die meisten unbezahlbar. Von einer Infrastruktur für die fast 5 Millionen EinwohnerInnen Kabuls kann keine Rede sein. Die medizinische Versorgung ist katastrophal, Schulunterricht findet nicht selten – wenn überhaupt - im Freien statt. Die Rechte der Menschen, vor allem der Frauen, werden sowohl von der Regierung als auch von den Warlords massiv verletzt. Das Auswärtige Amt warnt dringend vor Reisen nach Afghanistan.

In Afghanistan herrschen kriegsähnliche Zustände – Der Flüchtlingsschutz ist keine Gnadenoption, sondern genau für solche lebensbedrohenden Situationen gedacht.

Ein generelles Rückkehrhindernis nach Afghanistan hätten bisher weder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, noch die Rechtsprechung festgestellt, so Innensenator Udo Nagel. Mit seiner Reise im Frühjahr 2005 hat er selbst zu einer veränderten Einschätzung der Sicherheitslage in Afghanistan beigetragen und damit die Aufhebung des Abschiebestopps in das kriegszerrüttete Land vorangetrieben. „Die Innenbehörde verfügt über einen eigenen Entscheidungsspielraum. Als Bundesland hat Hamburg die Möglichkeit, einen auf sechs Monate befristeten Abschiebestopp zu verhängen“, so Leber.

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg fordert den sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan und hofft, dass viele Menschen und Organisationen schnell und in vielfältiger Form ein entschiedenes „Nein“ gegen die Abschiebungen artikulieren.

Für weitere Informationen:

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.

Anke Schwarzer
Große Bergstraße 255
22767 Hamburg

Tel.: 040 - 358 93 86
anke.schwarzer@ewnw.de
www.ewnw.de